16. Kleiner Landesparteitag

Dienstag, 12. November 2019 im Alice Rooftop & Garden, Stilwerk



BERLIN 2040



Berlin 2040 – Auf dem Weg zur nachhaltigen Metropole

1

25

langfristige Maßnahmen entgegensetzt.

2 Die Bewahrung der Schöpfung ist von jeher ein Kernanliegen christlich-demokratischer Politik. Wir nehmen 3 die mit diesem Schutzauftrag verbundene Verantwortung vor Mensch, Natur und Umwelt sehr ernst. Das 4 Prinzip der Nachhaltigkeit ist ein fester Bestandteil unseres Denkens und Handelns. Unser Anspruch ist es, 5 eine Welt zu hinterlassen, die auch für unsere Nachkommen lebenswert ist. 6 Angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung 7 gilt es, unsere Lebensgrundlagen und die Entwicklungschancen nachfolgender Generationen zu schützen. 8 Metropolen wie Berlin kommt in diesem Kontext eine besondere Verantwortung zu: Hier werden intensiv 9 Ressourcen verbraucht, hohe Emissionen erzeugt und oft auch die Umwelt stark belastet. Die urbane 10 Kreativität und Innovationskraft unserer Stadt bietet aber gleichzeitig beste Voraussetzungen, um die 11 Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wir wollen Berlin zu einem Vorbild entwickeln, das national 12 und international beispielhaft zeigt, wie sich (Groß-)Städte vor dem Hintergrund des Klimawandels 13 erfolgreich verändern können. 14 Die Berliner CDU hat schon früh das Ziel formuliert, Berlin zur Umweltmetropole Europas zu machen. 15 Zuletzt haben wir 2012 ein Konzept vorgelegt, das zeigt, wie unsere Stadt mit Bürgersinn, Eigeninitiative 16 und Innovationsgeist zum Referenzstandort für Nachhaltigkeit und ökologisches Wirtschaften werden kann. 17 Wir sind der Überzeugung, dass die Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit nicht in Verbot und 18 Rückschritt, nicht im Gegeneinander von Ökologie und Ökonomie und nicht in der Mehrbelastung von 19 Bürgerinnen und Bürgern liegt. Wir sind der Überzeugung, dass es die Innovation ist, die uns voranbringt, 20 das Miteinander, die richtigen Anreize und die gemeinsame Anstrengung. Wir stehen für eine natur- und 21 sozialverträgliche Politik, bürgernah, technologieoffen, mit einer leistungsfähigen Wissenschaft und einem 22 starken Mittelstand. Unser Ordnungsrahmen sind die international vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele, 23 die unter maßgeblicher Beteiligung der CDU-geführten Bundesregierung entwickelt wurden. Unser Leitbild 24 ist die Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die kopflosem Alarmismus zielgerichtete, durchdachte und

1. Offensive für die Stadtnatur

- Kaum eine Metropole hat so viele Grünflächen wie Berlin. Ausgedehnte Waldgebiete und etwa 2.500 öffentliche Grünanlagen bieten Erholungsmöglichkeiten für alle Berlinerinnen und Berliner und sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt. Wir sehen uns in der Tradition Konrad Adenauers, der als Kölner Oberbürgermeister den berühmten Kölner Grüngürtel anlegen ließ. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Grün in unserer Stadt nicht nur zu erhalten und zu pflegen, sondern im Spannungsfeld zwischen Flächenverbrauch, Nachverdichtung und Lebensqualität neue Wege zu gehen:
- Innerhalb eines Jahres nach Regierungsantritt werden wir ein Sofort-Programm zur Pflanzung von 10.000 hitze- und trockenheitsresistenten Stadtbäumen umsetzen. Die momentan vorhandenen etwa 431.000 Stadtbäume sollen im Rahmen des Ausbaus der Stadtbaumkampagne besser gepflegt werden, insbesondere durch zusätzliche Wässerung in Hitzephasen. Wir streben eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit lokalen Baumschulen an. Unser Ziel sind 500.000 Stadtbäume in Berlin.
- Auch für das Tempelhofer Feld streben wir eine Bepflanzung mit Bäumen an. Mit einem "Tempelhofer
 Wald" steigt nicht nur der Erholungswert des Tempelhofer Feldes, er hätte auch nachhaltig positive
 Auswirkungen auf das Stadtklima. Da eine Bepflanzung des Tempelhofer Feldes ebenso wie eine
 behutsame Randbebauung aufgrund des Volksentscheides derzeit nicht möglich ist, setzt sich die CDU
 Berlin weiterhin für eine Volksbefragung zur Änderung des THF-Gesetzes ein. Aus Respekt vor dem
 Votum der Wählerinnen und Wähler gilt für uns: Erst fragen, dann pflanzen!
- Wir fordern, dass die Stadtwälder Berlins im Rahmen ihrer Wiederaufforstung zu widerstandsfähigeren Mischwäldern umgestaltet werden. Wir streben eine nachhaltige Waldbewirtschaftung der Flächen der Berliner Forsten an. Zur Eindämmung der Gefahr, die zunehmend von hitzegeschädigten Bäumen ausgeht, soll die Forstwirtschaft personell und finanziell besser ausgestattet werden.
 - Wir werden einen "Grün-Schlüssel" einführen, damit in allen neu zu planenden Quartieren eine Grundversorgung mit Grüner Infrastruktur von mindestens 6 m² wohnortnaher, öffentlicher Grünfläche pro Einwohner von vornherein mitgeplant wird. In Quartieren und Kiezen, in denen dieser Schlüssel unterschritten ist, sollen Grünflächen grundsätzlich erhalten bleiben. Wir wollen vor allem durch Lückenschlüsse, Dachausbauten, Hausaufstockungen und eine ambitionierte Höhenentwicklung die dringend notwendige Nachverdichtung ermöglichen. Auch bisher planungsrechtlich noch nicht dauerhaft gesicherte Grünflächen, beispielsweise nicht mehr zu Bestattungszwecken benötigte Friedhöfe, sollen als grüne Infrastruktur geschützt bleiben.

- 57 Dach- und Fassadenbegrünung muss, wo immer sinnvoll und möglich, besser als bisher gefördert 58 werden. Neben entsprechenden Förderprogrammen sind vor allem die oft hinderlichen Bau- und 59 Denkmalschutzvorschriften so zu ändern, dass der gegenwärtige Anteil von etwa vier Prozent 60 bepflanzter Dächer in Berlin in den nächsten fünf Jahren verdoppelt wird. Bepflanzte Dächer und 61 Fassaden haben einen positiven Effekt beim Regenwassermanagement und tragen zu einer spürbaren 62 Verbesserung von Stadtklima und Luftqualität bei. Sie leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Dämmung 63 und Isolierung. Öffentlichen Liegenschaften kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu.
- 64 Freizeit-, Sport- oder Erholungsflächen sollen, wenn möglich, gleichzeitig als Versickerungs- und 65 Wasserrückhalteflächen dienen (sogenannte "Multicodierung").
- 66 Stadtnaturerlebnisse sind ein attraktiver Teil des touristischen Angebots Berlins, den wir auch im Stadt-67 Marketing **stärker herausstellen** werden.
- 68 Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Gärtnerns in unserer Stadt. Sie stehen für Naturnähe, 69 haben eine wichtige soziale Funktion und sind zugleich ein weiterer Eckpfeiler der Lebensqualität in 70 unseren Kiezen. Wir stehen dafür ein, dass die Kleingärten in unserer Stadt erhalten werden und Planungssicherheit bekommen. Jenseits der traditionellen Kleingartenstrukturen begrüßen wir weitere 72 Formen des städtischen Gärtnerns ("urban gardening"). In allen Berliner Schulen sollen zudem 73 Schulgärten angelegt und die bestehenden erhalten werden. Damit soll an jeder Schule die Möglichkeit für direkte und praktische Umwelt- und Naturbildung bestehen.
- 75 Wir setzen uns dafür ein, dass der Anteil von Wildwiesen in den Berliner Parks erhöht wird. Sie dienen 76 als Nahrungsquelle und Lebensorte für Insekten und Kleinstlebewesen. Durch Beschilderung sollen 77 Wildwiesen zudem als kleine lokale Lernorte ausgewiesen werden.

2. Wassermetropole Berlin

71

74

78

79

80

81

82

83

84

85

86

Berlin ist nicht nur eine grüne Stadt, sondern auch eine Stadt am Wasser. Fast 60 km² der Stadtfläche sind vom Wasser bedeckt, rund 25 Prozent sind zudem Wasserschutzgebiete. Unsere Stadt gewinnt ihre Ressource Wasser aus einem sensiblen Wasserkreislauf, der sich aus Spree, Havel und aus Grundwasser speist. Die wachsende Stadt führt zu einer zunehmenden Versiegelung wertvoller Flächen, gleichzeitig steigt der Bedarf an Wasser durch die zunehmende Bevölkerung und den Klimawandel. Durch die Urbanisierung des Stadtraumes fehlt es zunehmend an klimatisch wirksamer und grüner Infrastruktur -Bäumen und Flächen für die Regenwasserversickerung. Hinzu kommen Zielkonflikte bei der Erschließung neuer Stadtquartiere und nur begrenzt zur Verfügung stehender Flächen.

- Für die Berliner CDU ist **die Sicherheit der Wasserver- und Abwasserentsorgung von überragender**88 **Bedeutung.** Wir stehen für den **umfassenden Erhalt der Wasserschutzgebiete und der Kapazitäten der**89 **Wasserwerke.**
- Der aktive Bergbau in der Lausitz belastet auch die Trinkwasserqualität in Berlin. Für uns gilt das
 Verursacherprinzip: Wer einen Stoff einbringt, muss für dessen Beseitigung sorgen.
- Klimafolgenanpassung, die Belange der Wasserwirtschaft und der wachsenden Stadt sind in Einklang
 zu bringen. Hierfür ist es unabdingbar, die Regenwasserbewirtschaftung in den Stadtplanungsprozess –
 möglichst schon im Zuge der Rahmenplanung einzubeziehen.
- Die Arbeit der Berliner Regenwasseragentur unterstützen wir und setzen uns dafür ein, dass Landes und Bezirksverwaltungen, die Berliner Wasserbetriebe, Immobilienbranche sowie Forschung und
 Zivilgesellschaft noch enger verzahnt zusammenarbeiten. Bestehende (gesetzliche) Hürden wollen wir
 abbauen und (Genehmigungs- bzw. Entscheidungs-) Prozesse klarer, transparenter und einheitlicher
 unter dem Gesichtspunkt der Klimafolgenanpassung gestalten.
- Die Kanalisation soll von Regenwasser entlastet werden. Dafür soll es ein Förderprogramm zur dezentralen Regenwasserversickerung geben. In Gebieten, in denen Maßnahmen der Starkregenvorsorge nicht genügend Entlastung schaffen, braucht es neue Ansätze in der Überflutungsvorsorge, die die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten schützt und zugleich sensibilisiert.
- Eine deutliche Verminderung anthropogener Spurenstoffe in den Gewässern, zum Beispiel aus Altmedikamenten, ist im Interesse eines nachhaltigen Gewässerschutzes. Noch immer entsorgen viel zu viele Berlinerinnen und Berliner ihre Altmedikamente über die Toilette. Werden die Einträge schon an der Quelle verhindert, wird zudem auch die Kostenabwälzung auf die Kundinnen und Kunden vermieden. Wir setzen auf den Dreiklang aus Sensibilisierung, Vorsorge und dem Verursacherprinzip.

 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Rücknahmepflicht von Apotheken für Altmedikamente ein.
- Abseits von Müggelsee, Wannsee, Tegeler See, Spree und Havel gibt es zahlreiche kleinere Seen,
 Teiche, Pfuhle und Weiher. Viel zu viele dieser Gewässer sind leider in einem ökologisch schlechten
 Zustand. Das schadet Flora und Fauna und mindert die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Aktuelle
 Gewässergütesanierungsmaßnahmen des Senates betreffen fast ausschließlich Gebiete bzw. Gewässer
 innerhalb des S-Bahn-Ringes. Wir wollen die Gewässersanierungsmaßnahmen systematisch auf
 Gebiete außerhalb des S-Bahn-Ringes ausweiten und das mit einem neuen und deutlich erweiterten
 Förderprogramm unterstützen.

- 118 Im Rahmen der Daseinsvorsorge wollen wir siedlungsverträgliche Grundwasserstände in Wohn- und
 119 Gewerbegebieten durch Grundwasserhaltung sichern, wo es notwendig ist.
- Wir werden eine **Flatrate für Gartenwasser** einführen, um Anreize dafür zu schaffen, dass Privathaushalte sich an der Bewässerung der Straßenbäume und des Straßengrüns beteiligen.
- Trinkwasser in Berlin ist von hoher Qualität und kann überall bedenkenlos getrunken werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Trinkwasser in Berlin überall verfügbar ist. Dafür wollen wir das Trinkbrunnenbauprogramm verstetigen und zugleich in einem breiten Dialog insbesondere das wichtige Hotel- und Gastgewerbe davon überzeugen, Trinkwasser statt Flaschenwasser auszuschenken. Unser Ziel ist, in den kommenden drei Jahren jede der ca. 750 Schulen in Berlin mit mindestens einem Trinkwasserbrunnen auszurüsten.

3. Sauberkeit und Müllvermeidung

128

143

144

145

146

147

148

- 129 Ein nachhaltiges Berlin ist auch Hauptstadt von Sauberkeit und Müllvermeidung. Der bewusste und 130 rücksichtsvolle Umgang sowohl mit dem öffentlichen Stadtraum als auch mit unseren begrenzten 131 Ressourcen, ist Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung unserer Stadt und ein achtsames Miteinander. 132 Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Wo er unvermeidbar ist, da muss er schnellstmöglich und 133 sachgerecht der bestmöglichen Verwertung zugeführt werden. Eine saubere Stadt steigert den Wert ihrer 134 Räume für Erholung, Sport und Freizeitgestaltung. Von einem gepflegten städtischen Umfeld profitieren wir 135 alle. Wo der Stadtraum verwahrlost und Müllberge sich häufen, da leiden auch das soziale Umfeld und das 136 gesellschaftliche Miteinander. Umso wichtiger ist für uns, die Sensibilität für Müllvermeidung und 137 Sauberkeit zu steigern und als wesentlichen Faktor der städtischen Lebensqualität im allgemeinen 138 Bewusstsein zu verankern.
- Grünflächen müssen schonend und verantwortungsvoll genutzt werden. Grillen und Camping dürfen nur an dafür vorgesehenen Orten stattfinden. Durch eine personelle Aufstockung in den zuständigen Ämtern sowie durch klare Anweisungs- und Sanktionsbefugnisse soll die Einhaltung einer schonenden Nutzung sichergestellt werden.
 - Die CDU Berlin begrüßt die Verschärfung des Bußgeldkatalogs für Verstöße gegen das Umweltrecht vor dem Hintergrund des "Aktionsprogramms Sauberes Berlin". Um die Signalwirkung der erhöhten Bußgelder zu verstärken, wollen wir in den öffentlichen Grünanlagen sowie im Straßenland beispielhaft auf die drohenden Strafen für unzulässige Abfallentsorgung durch entsprechende Beschilderung hinweisen. Wir fordern darüber hinaus eine konsequentere Ausschöpfung des gesetzlichen Rahmens für die Bestrafung von Umweltverschmutzern. Den Bezirken müssen ausreichend Mittel für den Einsatz von "Müll-Detektiven" zur Ermittlung der Müllverursacher zur Verfügung gestellt werden.

- 150 Um Umweltziele zu erreichen, ist eine stärkere Aufklärung der Verbraucher nicht nur wünschenswert, 151 sondern absolut notwendig. Zum Beispiel besteht im Bereich der getrennten Erfassung von Abfällen, 152 die unerlässlich ist, um hohe Recyclingquoten zu erreichen, hoher Nachholbedarf. Die besten Ideen für 153 zielgerichtete Aufklärungskampagnen wollen im Rahmen eines öffentlichen wir 154 Innovationswettbewerbs gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern erarbeiten.
- Wir wollen die maximale Reduktion von Abfall bei maximaler Steigerung der Wiederverwertung.
 Daher fordern wir:

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

- Müll als Rohstoff: Die im Abfall vorhandenen Ressourcen sind so weit wie möglich zu verwerten und der Umweltschutz durch Abfallvermeidung und Recycling dadurch voranzutreiben. Wir setzen auf das Schließen von Stoffkreisläufen. Im Gegensatz zu der vom Senat favorisierten Müllverbrennung halten wir den Ausbau von Recyclingkapazitäten grundsätzlich für effektiver. Innovative Startups im Bereich des Recyclings und der Müllvermeidung werden wir besonders unterstützen.
- Die 2018 in Kraft getretene Gewerbeabfallverordnung wird nur dann zu einer besseren Erfassung und einem umfassenderen Recycling von Gewerbeabfällen führen, wenn die geforderte Getrennthaltung der Abfälle beim Erzeuger auch konsequent durchgesetzt und kontrolliert wird. Dies erfordert eine ausreichende personelle Ausstattung der Gewerbeaufsichtsämter.
- O Hol-Prinzip statt Bring-Prinzip: Um hohe Recyclingquoten zu sichern, ist, wo immer möglich, eine haushaltsnahe Sammlung der Abfälle zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für die Altglas-Sammlung außerhalb des S-Bahn-Rings, in dem weiter entfernte Sammel-Iglus die Glastonnen im Hof nicht ersetzen können. Die Erfahrung zeigt, dass bei Reduktion der Haushaltsglastonnen die gesammelten Mengen drastisch sinken.
- Einbezug der Ökobilanz: Sowohl im Bereich der Beschaffung als auch im Bereich der Regulierung ist auf die Gesamtökobilanz zu achten.
- Allein in Berlin werden 20.000 Einwegbecher pro Stunde verbraucht, die nicht selten in öffentlichen Grünflächen entsorgt werden und diese verschmutzen. Da das Problem stetig zunimmt, spricht sich die Berliner CDU dafür aus, ein Pilotprojekt für ein Einwegbecherpfandsystem durchzuführen. Ähnlich wie bei der Einführung des Mehrwegpfands erwarten wir davon einen nachhaltigen Sauberkeitseffekt.
- Ebenso setzt sich die CDU Berlin für eine **Regulierung des Exports von Plastikabfällen** ein. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Plastikmüll nach dem Export ausschließlich fachgerecht nach den Standards der Europäischen Union verwertet wird.

4. Nachhaltige Mobilität für alle

- Mobilität ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität und die Entwicklungschancen unserer Stadt.

 Naturgemäß treffen in einer Metropole wie Berlin verschiedenste Mobilitätskonzepte und Interessenlagen aufeinander. Die Priorität der Berliner CDU ist es, eine möglichst emissionsarme Mobilität zu fördern, mit einem Verkehrsmix, der alle Verkehrsträger angemessen berücksichtigt und niemanden ausgrenzt. Wir setzen auf kluge Lösungen und Anreize, statt auf Verbote und Einschränkungen, denn Mobilität bedeutet für uns individuelle Freiheit.
 - Wir fordern, dass die Berliner Landesverwaltung zum Vorreiter bei der emissionsfreien Mobilität wird: Von großen Dienstwagen mit einem hohen CO₂-Ausstoß soll nach und nach auf eine CO₂ -freie Flottenpolitik auf Ebene der Landesverwaltung und der landeseigenen Unternehmen umgestellt werden. Innerdeutsche Dienstreisen sollten vorzugsweise mit der Bahn erfolgen. Darüber hinaus fordern wir nach dem Vorbild beispielsweise der Stadt Aachen ein Car-Sharing-Modell für Dienstwagen der öffentlichen Verwaltung. So könnten die Dienstwagen des Senats Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Verwaltung für Dienstfahrten zur Verfügung gestellt werden, sofern sie nicht gerade von ihren Hauptnutzern genutzt werden.
 - Sharing wird im Rahmen mobiler Konzepte in einer Großstadt wie Berlin grundsätzlich eine immer größere Rolle einnehmen. Das System des Sharing ist jedoch an verschiedenen Punkten durchaus ausbaufähig. Daher ist es erforderlich, dass Unternehmen Anreize gesetzt werden, damit über den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen für sie selbst auch ein zusätzlicher Nutzen für die Stadtgesellschaft generiert werden kann. Zuvorderst gilt es, Sharing-Angebote berlinweit zugänglich zu machen.
 - Um die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern, sprechen wir uns für einen Ausbau des S- und U-Bahn-Netzes aus. Wenn das Angebot des ÖPNV entsprechend erweitert ist, wird auch die Einführung eines 365€-Tickets für Berlin sinnvoll. Parallel zum Ausbau der Strecken soll der Busverkehr der BVG auf Brennstoffzellen- und Elektroantrieb umgestellt werden, wenn es sich anbietet.
- Wir setzen uns dafür ein, die Bedingungen für Pendler deutlich zu verbessern und die Innenstadt
 gleichzeitig vom Pendelverkehr zu entlasten. Dies soll vor allem durch neue und erweiterte Park&Ride Angebote und die Ausweitung des Tarifbereichs AB erreicht werden.
- Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, die Metropolen Deutschlands und Europas langfristig mit
 Hochgeschwindigkeitsverkehrssystemen zu vernetzen. Dafür soll die sogenannte HyperloopTechnologie weiterentwickelt werden. Bei dieser Technologie handelt es sich um ein
 Hochgeschwindigkeitsverkehrssystem, bei dem sich Kapseln in einer Röhre auf Luftkissen gleitend mit

- 214 nahezu Schallgeschwindigkeit fortbewegen. Zur Weiterentwicklung dieser Technik sollten bestehende 215 Forschungseinrichtungen auch unter Berliner Beteiligung zu einem Hyperloop-Zentrum ausgebaut 216 werden, um entsprechende europäische Standards im Hochgeschwindigkeitsverkehr zu entwickeln.
- Der Ideenlosigkeit der "Leitlinien" des Senats für den Hochhausbau in Berlin werden wir einen ambitionierten **Hochhausentwicklungsplan** entgegensetzen, der neben den bekannten Standorten in innenstädtischen Zentren vor allem an Verkehrsknotenpunkten entlang des S-Bahn-Rings den Bau von Hochhäusern ermöglichen und fördern soll, um das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt zu reduzieren und wertvolle Stadtflächen so effizient wie möglich auszunutzen.
- Der Fahrradverkehr soll so weit wie möglich vom restlichen Verkehr separiert werden, um Konflikte zu vermeiden. Die Radinfrastruktur soll gezielt verbessert werden durch den weiteren Ausbau von Fahrradwegen und Fahrradschnellstrecken. Um Abbiegeunfälle zu vermeiden, fordern wir eine zeitversetzte Ampelschaltung für den Fahrrad- und den sonstigen Verkehr.
- Wir werden einen **Runden Tisch E-Mobilität** gründen, der die vielfältigen Initiativen und Projekte stärker koordiniert, integriert, Synergien ermittelt und stärker strategisch steuert.
- Der Ausbau der Elektromobilität in Berlin setzt eine leistungsfähige Ladeinfrastruktur voraus. Wir werden an zentralen innerstädtischen Orten e-charging and storage hubs für Elektromobile vorhalten.
 Wir wollen außerdem durch den Einsatz von innovativer Batteriewechseltechnik im Dual-Use-Verfahren das Berliner Stromnetz entlasten und stabilisieren.
- Orte wie der EUREF- oder der geplante Siemens-Campus sind **Experimentierräume für die ökologische Zukunftsfähigkeit** unserer Stadt. Diese und weitere Modellprojekte gilt es zu fördern und auszubauen.
- Die Berliner CDU tritt dafür ein, die **Erforschung und Entwicklung alternativer Antriebstechnologien**nicht auf die Elektromobilität zu beschränken. Durch Forschungsprogramme und Fördermittel soll von
 staatlicher Seite dafür Sorge getragen werden, dass auch über die Elektromobilität hinausgehende
 Antriebsformen zur Marktreife gelangen.
- 238 Versuchsanlagen für E-Fuels sollen gezielt gefördert werden. Diese synthetischen Kraftstoffe werden 239 ausschließlich mit erneuerbaren Energien hergestellt, indem Wasserstoff aus erneuerbarer 240 Stromerzeugung mit Kohlendioxid, beispielsweise aus Industrieabgasen oder aus der Luft, zu einem 241 treibhausgasneutralen Kohlenwasserstoff zusammengesetzt wird. Die Vorteile von E-Fuels liegen darin, 242 dass die bestehende Infrastruktur (Fahrzeuge und Tankstellen) weitergenutzt werden kann, da 243 synthetische Kraftstoffe grundsätzlich dieselben Eigenschaften haben wie die konventionellen 244 Kraftstoffvarianten. Im Gegensatz zu Biokraftstoffen stehen E-Fuels auch nicht in Konkurrenz zu 245 Nahrungsmitteln.

- Die vorhandene Infrastruktur von **Wasserstofftankstellen** muss ebenfalls ausgebaut werden. Dafür gilt es insbesondere, das bestehende Netz konventioneller Tankstellen zu nutzen.
- Wir setzen auf Straßen, die mehr können: Sogenannte "Plusenergiestraßen" können dank eines in die Fahrbahn integrierten Wärmetauschers Wärmeenergie aus Sonneneinstrahlung gewinnen. Die Plusenergiestraße kann im Sommer Sonnenwärme speichern und im Winter wieder abgeben beispielsweise zum Beheizen umliegender Gebäude, oder um die Straße von Eis und Schnee zu befreien. Durch diese Technologie senken wir im Sommer zudem die Temperatur in der Stadt, da die Wärmeenergie in der Straße gebunden wird. Solche und ähnliche Innovationen auf dem Weg zur nachhaltigen Metropole unterstützen wir ausdrücklich.
- Wir wollen insbesondere in besonders schadstoffbelasteten Stadtgebieten schadstoffreduzierende
 Beschichtungen einsetzen, bei denen durch physikalische Reaktionen binnen einer Stunde mindestens
 4 mg Stickoxid pro Quadratmeter abgebaut werden können. Diese Technologie kann nicht nur als
 Straßenbelag, sondern unter anderem in Schallschutzwänden zum Einsatz kommen.
- Um die **Stadt vom Lieferverkehr** zu **entlasten**, wollen wir die Zahl der Paketstationen in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern auf öffentlichen Flächen ausbauen, die "letzte Meile" des Lieferverkehrs mit E-Fahrzeugen und Lastenfahrrädern optimieren und gemeinsam mit dem Berliner Einzelhandel neue Anreize für kurze Transportwege entwickeln.

5. Für ein Berlin voller Energie

- Unseren Industriestandort zu fördern, bedeutet auch, ihn in ganz neuem Ausmaß umwelt- und klimaverträglich auszurichten. Dazu gehört neben der Planungs- und Investitionssicherheit auch die Verfügbarkeit regenerativer Energien. Viele der neuen klimaneutralen Industrieprozesse werden künftig darauf beruhen. In Berlin werden gegenwärtig lediglich 0,7 Prozent des Strombedarfs aus Solarenergie produziert. Für eine nachhaltige Versorgungssicherheit muss der Ausbau regenerativer Energien zwingend beschleunigt und die Energieeffizienz gesteigert werden.
- Mit der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude übernimmt das Land Berlin eine wichtige Vorbildfunktion. Die landeseigenen Gebäude müssen in den Bereichen Energieeffizienz, Nutzung alternativer Energiequellen, Klimaschutz und nachhaltiges Bauen für den gesamten Gebäudebestand vorbildhaft sein. Sie demonstrieren, dass die klima- und umweltpolitischen Ziele im Einklang mit Kosteneffizienz und Funktionalität von Baumaßnahmen umgesetzt werden können.

- Privateigentümer sollen Anreize erhalten, diesem Vorbild zu folgen. Daher unterstützt die Berliner CDU die Planungen der Bundesregierung, spätestens im Jahre 2020 steuerliche Vergünstigungen für energetische Sanierungsmaßnahmen einzuführen. Um zu vermeiden, dass Modernisierungen Mieterinnen und Mieter belasten, spricht sich die CDU Berlin für eine Offensive zur Förderung energetischer Modernisierungen durch das Land Berlin aus. Der geförderte Anteil der Modernisierungskosten soll dabei nicht auf die Miete umgelegt werden können. Das entlastet Mieterinnen und Mieter unmittelbar.
- Im Zuge der energetischen Sanierung sollen die **Dachflächen von öffentlichen Gebäuden** und Liegenschaften sowie Wirtschaftsgebäuden wo möglich und sinnvoll zur **Erzeugung von Strom und**Wärme aus Solar- und Windenergie nutzbar gemacht werden. Mit gezielten Anreizen soll dies auch für **Gebäude in privater Hand** umgesetzt werden.
- Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Selbstverpflichtung zum Bezug von Ökostrom für öffentliche
 Gebäude aus.
- Die Mieterstromprojekte sind ein wertvoller Beitrag zur dezentralen Energiewende in der Mieterstadt
 Berlin. Sie müssen ausgebaut und fortentwickelt werden. Auf Bundesebene werden wir uns dafür
 einsetzen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Mieterstrom verbessert und
 bürokratisch entschlackt werden.
- Viele **Firmen** haben den Wunsch, mehr **Energie** (Strom, Wärme, Kälte) selbst zu produzieren und diese zu nutzen. Hier sind die **bürokratischen Hürden** zu **senken**.
- An zentralen innerstädtischen Orten wie Parkplätzen vor Einkaufszentren und Supermärkten soll die Parkplatzfläche mit Photovoltaik-Anlagen partiell überdacht werden. Die so gewonnene elektrische Energie kann in begrünten Containern mit modernster Solarspeichertechnik zum Laden für Elektromobile, private PKW und gewerbliche Carsharing-Anbieter genutzt werden. Das so entstehende Smart Mini-Grid kann rund um die Uhr genutzt werden.
- Wir wollen die **dezentrale Versorgung durch Blockheizkraftwerke**, sowohl bei größeren Industrie- und Gewerbekomplexen als auch beim Wohnungsbau fördern.

6. Regionale Lebensmittel fördern

301

302

303

304

305

306

307

308

309

Sich regional und saisonal zu ernähren, ist ein wirksames Instrument gegen Ressourcenverschwendung und zur Bekämpfung des Klimawandels. Durch die Vermeidung langer Transportwege werden verkehrsbedingte CO2 – Emissionen reduziert und es kommt zu weniger Lebensmittelverlusten durch den Transportweg. Zudem bedeutet der Rückgriff auf lokale Lebensmittelprodukte eine Chance für die regionale Landwirtschaft durch den Verbleib der Wertschöpfung in der Region. Und das Beste: regionale Produkte schmecken. Zu wissen, woher das Fleisch, das Gemüse und das Obst tatsächlich kommen, verschafft Nähe und Wertschätzung für die Produkte unserer Landwirtschaft. Daher wollen wir regionale Ernährung stärken.

- Um die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln zu f\u00f6rdern, muss die Zusammenarbeit mit
 Brandenburg intensiviert werden. Die Neuverhandlung des Landwirtschaftsstaatsvertrages bietet hier
 zahlreiche M\u00f6glichkeiten.
- Im nächsten Schritt muss auch die **Verarbeitung von Lebensmitteln in Berlin unterstützt** werden. Dazu müssen relevante Projekte identifiziert und gefördert werden zum Beispiel mittels einer Start-Up-Förderung durch eine Erneuerung des Clusters Ernährung in Zusammenarbeit mit Brandenburg. Wir stehen für ein Berlin, in dem auch das **Lebensmittelhandwerk** eine Zukunft hat und junge Menschen sich für die Arbeit als Bäcker oder Fleischer wieder begeistern können.
- Die CDU Berlin setzt sich für die Einbindung der Lebensmittelproduktion in Bildungsprogramme ein.
 Wir wollen die Sichtbarkeit der urbanen Landwirtschaft erhöhen.
- Wir setzen uns für die Förderung und Ausweitung von Projekten, die Tierhaltung, Aufzucht und
 Landschaftspflege vereinen (zum Beispiel LPV Spandau, Wasserbüffel in Reinickendorf, Schafe
 Elisabeth Herzberge), ein.
- Zur Ressourcenschonung ist es unerlässlich, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Die CDU
 Berlin unterstützt freiwillige Projekte, durch die Gastronomie und Einzelhandel noch verwertbare
 Lebensmittel an Bedürftige kostenlos abgeben. Wir regen darüber hinaus ein Zertifizierungssystem für
 den verantwortlichen Umgang mit Lebensmitteln an. Einzelhändler, die sich an die Vorgaben halten,
 erhalten ein Nachhaltigkeitsprüfsiegel des Landes Berlin, mit dem sie werben können. Auf diese Weise
 können Verbraucher erkennen, welche Einzelhändler verantwortungsvoll und nachhaltig mit
 Lebensmitteln umgehen und das durch ihr Konsumverhalten entsprechend honorieren.

7. Für ein Berlin des nachhaltigen Miteinanders

- 331 Um das Zusammenleben in unserer Stadt nachhaltig zu gestalten, setzten wir auf die Kreativität und 332 Tatkraft der Berlinerinnen und Berliner. Durch gute Umweltbildung, ein starkes gesellschaftliches 333 Miteinander, Transparenz und dem Berlin eigenen Innovationsgeist können wir zur Metropole der 334 ökologischen Zukunftsfähigkeit werden und ein Vorbild für andere Großstädte sein. Oftmals sind es die vielen kleinen Dinge, die uns im Großen voranbringen jede Berlinerin und jeder Berliner kann etwas 336 beitragen, ob Zuhause, bei der Arbeit oder in der Freizeit.
- Wir setzen auf die Mitarbeit und Mitverantwortung der Menschen in den Kiezen. In stabilen Kiezen gibt es ein gutes nachbarschaftliches Miteinander. Man kennt sich und fühlt sich gemeinsam verantwortlich für seinen Kiez. Um die auf dem Weg zur Metropole der Nachhaltigkeit notwendigen Veränderungen in der Gesellschaft umzusetzen, braucht es **Kümmerer**. **Lokales bürgerschaftliches Engagement** in den Kiezen braucht Unterstützung und Betreuung, die wir mit dem von der CDU Berlin entwickelten Konzept für "Stabile Kieze" in Zukunft verstärkt ausbauen fördern wollen.
 - Die sogenannte "Maker-Bewegung" gewinnt auch in Berlin immer mehr Zuspruch. Die Vorstellung, auch anspruchsvolle Dinge bis hin zu Mobiltelefonen selber herstellen zu können, fasziniert immer mehr Menschen. Inzwischen sind für die technisch versierte Allgemeinheit Maschinen zugänglich geworden, die lange Zeit Fabriken vorbehalten waren: 3D-Drucker, Laserschneider, Leiterbahnendrucker oder Tiefziehmaschienen zu niedrigen Preisen. An öffentlich zugänglichen Orten installiert, sind sie der Anfang einer neuen Infrastruktur des Herstellens. Eine Heimwerkerbewegung auf dem Stand der Technik des 21. Jahrhunderts, die mehr kann als bisher und anderes will als die klassische Industrieproduktion. Wir glauben, dass diese Entwicklung eine Antwort auf die Frage bietet, wie eine lokale, der Nachhaltigkeit dienliche Produktion der Zukunft aussehen könnte. Darum wollen wir die Einrichtung solcher Orte überall dort räumlich und finanziell fördern, wo entsprechende Nachfrage besteht. Auf diese Weise wollen wir auch jungen Menschen solche technischen Kompetenzen vermitteln, die das Schulsystem nicht lehren kann.
- Die CDU Berlin steht für die **Stärkung der Umweltbildung** in den Berliner Schulen. Neben der Arbeit in Schulgärten soll eine Unterrichtsreihe zum Verhältnis zwischen Mensch und Natur aus unterschiedlichen Perspektiven in die Lehrpläne aufgenommen werden. Diese Unterrichtsreihe ist fächerübergreifend in Biologie, Politik und Ethik durchzuführen, um die Umwelt- und Klimakompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken.
- Darüber hinaus soll es breit angelegte Aufklärungskampagnen in Kitas, Schulen und
 Jugendfreizeiteinrichtungen zu der Frage geben, was jeder Einzelne zu einer nachhaltigen Stadt
 beitragen kann. Für öffentliche Kindergärten werden wir Bildungspatenschaften anstreben, um Gärten

- im Sinne der Biodiversität zu gestalten und Bildungspakete zur Natur in der Stadt mit Experten zu erstellen und zugänglich zu machen.
- Die Forschung und Lehre im Bereich alternativer Baustoffe soll unterstützt und verstärkt werden. Ziel ist es, die Fachbereiche Bauphysik und Baustoffkunde etc. mit entsprechenden Mitteln auszustatten, um klimafreundlichere Materialien und Technologien für den Baubereich zu entwickeln.
- Unser Engagement für ein nachhaltiges Berlin macht an den Stadtgrenzen nicht Halt. Wir setzen uns dafür ein, die **Zusammenarbeit mit Brandenburg in Sachen Umwelt- und Klimaschutz zu intensivieren** und durch die **Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses der beiden Länder** sicherzustellen. Hier bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte von der bereits erwähnten Lebensmittelerzeugung bis hin zu einer Kooperation mit der Brandenburger Flächenagentur "MoorFuture"
- Unser Ziel, Berlin zur Metropole der Nachhaltigkeit und ökologischen Zukunftsfähigkeit zu machen, erreichen wir nur durch Transparenz und die fortlaufende Überprüfung unserer Fortschritte. Deshalb fordert die CDU Berlin ein für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbares CO₂ Kataster. Dieses soll transparent offenlegen, wo die einzelnen Bezirke stehen, wo Ziele erreicht werden und wo nachgesteuert werden muss. Darüber hinaus soll die ökologische Folgeabschätzung im Gesetzgebungsprozess stärker berücksichtigt werden.
- Wir wollen den Grundsatz der Nachhaltigkeit zum Staatsziel auf Bundes- und Landesebene machen.
- Die konkreten Maßnahmen und finanziellen Zusagen an die Bundesländer, die im Rahmen des
 Klimaschutzprogrammes der Bundesregierung bis zum Jahr 2030 gewährt werden sollen, sollten durch
 den Berliner Senat mit der Aufstellung eines eigenen Klimapaketes transparent und partizipativ für die
 Berliner Bevölkerung gestaltet werden.
- Nachhaltiges Handeln und die Bewahrung der Schöpfung sind für uns zentrale Ziele im Sinne der Generationengerechtigkeit: Wir dürfen nicht auf Kosten anderer leben und heute nicht auf Kosten von morgen. Wir wollen eine Entwicklung, die uns, genauso wie unseren Kindern und Enkeln, ein Leben in Wohlstand und gesunder Umwelt ermöglicht.

Vergünstigte Eintrittsgelder für Senioren in öffentlichen Einrichtungen des Landes Berlin

- 3 Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass in allen öffentlichen Einrichtungen (Museen,
- 4 öffentliche Bäder, Theater, Zoo usw.) Berlins deutlich vergünstigte Eintrittskarten für
- 5 Senioren angeboten werden. Die Mehrkosten sollen perspektivisch durch erhöhte
- 6 Landeszuschüsse an diese Einrichtungen ausgeglichen werden. Ein entsprechender Antrag
- 7 wird im Abgeordnetenhaus von Berlin initiiert.

Begründung:

- 8 Die Eintrittspreise in den öffentlichen Einrichtungen des Landes Berlin und seiner Bezirke
- 9 sind in den letzten 15 Jahren in der Regel überdurchschnittlich angestiegen, gleichzeitig
- sind Vergünstigungen, z. B. für Senioren, weggefallen. Dies hatte den Grund in Zeiten der
- 11 Haushaltsnotlage Berlins die Landeszuschüsse an die unterschiedlichen Einrichtungen
- 12 einzufrieren oder zu reduzieren um damit die Defizite im Landeshaushalt abzubauen.
- 13 Diese Situation hat sich grundlegend geändert, heute erzielt Berlin jährliche
- 14 Milliardenüberschüsse in seinen Landeshaushalten. Seit 2015 sind deshalb in großem
- 15 Umfang Familienvergünstigungen für unterschiedlichste Einrichtungen geschaffen
- 16 worden, was durchaus zu begrüßen ist.
- 17 Die Berliner Senioren werden dagegen von der Senatspolitik weitestgehend ignoriert. Alle
- 18 vorhandenen Studien prognostizieren tendenziell sinkende Realeinkommen im
- 19 Rentenalter, während die typischen Haushaltsfixkosten wie Miete, Energie,
- Versicherungen etc. einem dynamischen Anstieg unterliegen. Dies führt zwangsläufig zu
- 21 einer Verringerung der finanziellen Spielräume bei vielen Seniorenhaushalten und bei
- 22 Einpersonenhaushalten im Rentenalter nicht selten zum Verzicht auf Teilhabe am
- 23 kulturellen Leben. Dies geschieht, obwohl das genaue Gegenteil aufgrund der
- Vereinsamungstendenz im Alter sinnvoll wäre.. Dem gilt es wirksam entgegenzutreten.
- In vielen europäischen Nachbarländern werden Seniorenvergünstigungen von 33-50% der
- 26 Eintrittspreise angeboten, dies könnte auch Vorbild für Berlin sein.

Autobahnkreuz Funkturm sanieren, Verdrängung des Verkehrs auf Stadtstraßen verhindern!

- 3 Die CDU Berlin fordert, die derzeitigen Planungen für den Umbau des Autobahnkreuzes
- 4 Funkturm so zu modifizieren, dass die Zahl der Auf- und Abfahrten zwischen
- 5 Kurfürstendamm und Kaiserdamm nicht reduziert werden. Darüber hinaus ist bei der
- 6 Planung zu berücksichtigen, dass die neue Anschlussstelle Messedamm einen möglichst
- 7 großen Abstand zur Wohnbebauung halten muss und nicht zu einer stärkeren
- 8 verkehrlichen Belastung der Wohnsiedlungen Eichkamp und Heerstraße führen darf.
- 9 Insbesondere ist bei der Verkehrsplanung zu berücksichtigen, dass der Zufluss zum ZOB,
- zum Olympiastadion, zur Waldbühne, zum Messegelände einschließlich City-Cube und ICC
- zukünftig möglichst wenig über Stadt- und Wohnstraßen abgewickelt werden soll.
- 12 Bei der Neuanlage der Rampen, Brückenbauwerke und Lärmschutzwände ist auf eine
- 13 stadtverträgliche Ausgestaltung zu achten.
- 14 Die Abgeordnetenhausfraktion wird gebeten, im Sinne des Antrages auf den Senat
- einzuwirken und die Landesgruppe Berlin im Bundestag wird gebeten, die Haltung der
- 16 Berliner CDU gegenüber dem Bundesverkehrsminister zu verdeutlichen.

Begründung:

1

- 17 Die derzeitige Planung für die grundsätzlich begrüßenswerte Sanierung des maroden
- Autobahnkreuzes Funkturm sieht vor, alle Zu- und Abfahrten von/zur A100 zwischen
- 19 Kurfürstendamm und Kaiserdamm Nord dauerhaft zu beseitigen. Verkehr auf der A100
- vom Süden kommend, müsste dann über die Knobelsdorffstraße zum ZOB, Messegelände
- 21 und Olympiastadion fahren. Alternativ könnte der Verkehr auch von der A100 auf die
- 22 AVUS wechseln und dann über die neue Anschlussstelle auf die Jafféstraße fließen, deren
- 23 Belastung nach der aktuellen Planung um fast 50% steigen soll. Diese Verkehrsführung
- 24 würde zum ZOB und ICC einen großen Umweg bedeuten und von Reisebussen kaum
- 25 angenommen werden.
- In der Gegenrichtung würde der Verkehr zum ZOB und Messegelände ebenfalls im großen
- 27 Umfang die A100 an der Knobelsdorffstraße verlassen und dann entlang einer Kita und
- 28 zahlreichen Wohnhäusern Richtung Funkturm fließen.
- 29 Der Wegfall zahlreicher Zu-und Abfahrten führt zu einer Verschlechterung der
- 30 Bündelungsfunktion der Autobahn und belastet unnötig Wohn- und Stadtstraßen.